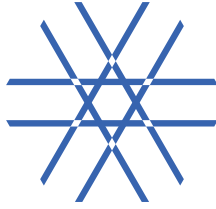


UNION PROGRESSIVER JUDEN

in Deutschland · Körperschaft des öffentlichen Rechts



zur Verleihung des
Israel-Jacobson-Preises
2026 / 5786

an
Frau Bundesministerin Karin Prien
Ministerin für Bildung, Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum

18. März 2026 / 01. Nissan 5786



Union progressiver Juden in Deutschland K.d.ö.R.
Westerfeldstr. 14, D-33611 Bielefeld
Tel.: +49-(0)521-3043184, info@liberale-juden.de
www.liberale-juden.de

Grußwort des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Dr. Gideon Joffe

Foto: Nicolai Froundjian



Sehr geehrte Frau Bundesministerin
Karin Prien,

sehr geehrte Frau Nina Ruge, die heute
die Laudatio auf die Preisträgerin
halten wird,

sehr geehrter Herr Vizepräsident des
Deutschen Bundestags, Bodo Ramelow,

sehr geehrte Frau Franziska Weidinger,
Ministerium für Justiz und
Verbraucherschutz des Landes
Sachsen-Anhalt,

sehr geehrte Mitglieder des Deutschen
Bundestags und der Länderparlamente,

sehr geehrte Vertreterinnen und
Vertreter der Union progressiver Juden

in Deutschland, insbesondere deren
Vorsitzende,

Frau Irith Michelson,
ein ganz besonderer Gruß an die
Repräsentantin der Jüdischen Gemeinde
zu Berlin und die Schoa-Überlebende,

Assia Gorban. Vielen Dank, dass Sie
heute mit uns sind!

Sehr geehrte Vertreterinnen und
Vertreter der Kirchen und der
muslimischen Gemeinschaften,

sehr geehrte Rabbinerinnen und
Rabbiner,

sehr geehrte Mitglieder der jüdischen
Gemeinden,

meine Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,
ich heiße Sie alle herzlich willkommen
hier in der Neuen Synagoge in der
Oranienburger Straße, einem Ort, der
wie kaum ein anderer für die
Geschichte, die Brüche, aber auch für
die lebendige Gegenwart jüdischen
Lebens in Deutschland steht.

Mit großer Freude hat die Jüdische
Gemeinde zu Berlin für diese
Preisverleihung die Tore ihrer Neuen
Synagoge geöffnet. Zum einen gilt Berlin
gilt als historische Wiege des liberalen
und progressiven Judentums, wie es
heute durch die UpJ lebendig
praktiziert wird. Zugleich wird mit Karin
Prien eine großartige Persönlichkeit
geehrt, die der Jüdischen Gemeinschaft
in Berlin als engagierte Unterstützerin
stets verbunden ist.

Wir sind heute hier versammelt, um eine
Persönlichkeit auszuzeichnen, die sich in
besonderer Weise für eben dieses
jüdische Leben eingesetzt hat – für
seine Sichtbarkeit, seine
Selbstverständlichkeit und seine Zukunft
in unserem Land.

Der Israel-Jacobson-Preis, verliehen von
der Union progressiver Juden in
Deutschland, erinnert an einen großen
Wegbereiter des liberalen Judentums. Er
steht für Aufklärung, für Bildung und für
den Mut zur Reform – Werte, die uns bis
heute verpflichten.

Gerade in einer Zeit, in der
Antisemitismus offen hervortritt, in der
jüdisches Leben wieder stärker Schutz
braucht, ist es von unschätzbarem Wert,
wenn Verantwortungsträgerinnen und
Verantwortungsträger Haltung zeigen –
klar, sichtbar und unmissverständlich.

Frau Ministerin Prien, Sie haben diese
Haltung immer wieder unter Beweis
gestellt:

in Ihrem Engagement für Bildung, für
Erinnerungskultur und für eine offene,
vielfältige Gesellschaft. Sie haben
deutlich gemacht, dass der Kampf
gegen Antisemitismus und die Förderung
jüdischen Lebens keine Randthemen
sind, sondern im Zentrum unserer
Demokratie stehen.

Dabei ist es von besonderer Bedeutung,
dass Sie Ihre eigene Geschichte nicht
verstecken, sondern als Teil unserer
gemeinsamen Gegenwart begreifen. Sie
stehen damit für ein modernes,
selbstbewusstes jüdisches Leben im
Zentrum unserer Demokratie.

Ich freue mich daher besonders, dass
mit Nina Ruge eine Laudatorin zu uns
spricht, die die Verdienste unserer
Preisträgerin einordnen und würdigen
wird – und die selbst seit vielen Jahren
für gesellschaftlichen Dialog und
Verantwortung steht.

Der heutige Abend ist daher mehr als
eine Preisverleihung. Er ist auch ein
Zeichen:

Ein Zeichen dafür, dass jüdisches Leben
in Deutschland nicht nur erinnert,
sondern gestaltet wird.

Ein Zeichen dafür, dass Dialog möglich
ist – und notwendig bleibt.

Und ein Zeichen dafür, dass
Verantwortung nicht endet, sondern
weitergegeben wird.

In diesem Sinne heiße ich Sie alle noch
einmal herzlich willkommen und wünsche
uns einen würdigen und inspirierenden
Abend.

Vielen Dank!



Würdigung durch Frau Irith Michelsohn, Vorsitzende der Union Progressiver Juden in Deutschland

Ich begrüße Sie alle, liebe Festgäste, auf das Herzlichste.

Ganz besonders begrüße ich unsere Preisträgerin Frau Bundesministerin Karin Prien als verlässliche Freundin und

langjährige Partnerin der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland und des Staates Israel sowie ihre Söhne Linus und Elijah.

Mein Dank geht auch an Frau Nina Ruge, unsere heutige Laudatorin, die uns allen bekannt ist als Journalistin, Buchautorin und Fernsehmoderatorin.

Herzlichen Dank an die Jüdische Gemeinde zu Berlin und ihren Vorsitzenden Dr. Gideon Joffe und der Geschäftsführerin, Frau Milena Rosenzweig-Winter, dass wir heute

in ihrem Hause die Preisverleihung durchführen dürfen. Die Union progressiver Juden in Deutschland weiß die Zusammenarbeit sehr zu schätzen!

Ein herzliches Schalom an Frau Assia Gorban, die uns die Ehre gibt, trotz ihres hohen Alters an dieser Festveranstaltung teilzunehmen. Sehr geehrter Herr Bundestagsvizepräsident, lieber Herr Ramelow, sehr geehrte Justizministerin des Landes Sachsen-Anhalt, Frau Weidinger, wir freuen uns sehr, dass sie mit uns feiern!

Sehr geehrte Damen und Herren,

bitte sehen Sie es mir nach, wenn ich namentlich nicht alle außerordentlich wichtigen Personen persönlich begrüßen werde, aber Sie sind uns alle so wichtig und für uns so bedeutend, dass ich Sie hiermit alle noch einmal auf das Herzlichste begrüße.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Union progressiver Juden in Deutschland, ihre 20 Mitgliedsgemeinden sowie 5 angeschlossenen jüdischen Organisationen haben den Israel-Jacobson-Preis 2026 Ihnen liebe Frau Ministerin zuerkannt.

Wir brauchen viele Anlässe wie diesen heutigen, die Menschen wegen ihres Engagements für jüdisches Leben, für den Schutz jüdischer Einrichtungen und für die Begegnung und den Dialog zwischen den Religionen und Kulturen auszeichnen.

Wir brauchen viele dieser Anlässe, weil wir sehr viele Menschen brauchen, die sich dem immer stärker sichtbar werdenden Antisemitismus, den aus rechtsextremer Motivation begangenen Taten, dem Hass und der Hetze gegen Menschen wegen ihres jüdischen oder muslimischen Glaubens entgegenstellen.

Für alle Bürgerinnen und Bürger wird mit der heutigen Preisverleihung unmissverständlich klar gemacht, dass diese Missachtung der gleichen Rechte aller und damit der Würde eines jeden Menschen kein Raum in Deutschland gegeben werden darf.

Karin Prien ist eine bekannte Persönlichkeit, die sich mit den Beziehungen zwischen Deutschland und dem Judentum sowie dem Nahostkonflikt stetig auseinandersetzt. In ihrer täglichen Arbeit versucht sie ausgleichend zu wirken, aber immer wieder das historische jüdische Erbe in Deutschland, das auch ihr Erbe ist, hervorzuheben.



Dies durfte ich bereits im Jahr 2018 bei einer Begegnungsreise mit dem seinerzeitigen Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet und mit der damaligen Bildungsministerin aus Schleswig-Holstein Karin Prien erfahren, als wir mit jüdischen, muslimischen und christlichen Teilnehmenden die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau gemeinsam besucht haben. Ihre einfühlsamen, empathischen

Gespräche und Ihre persönliche Anteilnahme an den Gefühlen Einzelner haben mich tief bewegt.

Sehr geehrte Damen und Herren, dies ist in unserer heutigen Zeit wichtiger und aktueller denn je!

Sehr geehrte Festgäste,

Israel Jacobson war einer, der in Zeiten der Umwälzung nach Emanzipation und Aufklärung einen Weg in die Zukunft

finden musste. Vielseitig begabt war er als Unternehmer und religiöser Führer, Hoffaktor und Diplomat unter Jerome von Westfalen ebenso wie später unter der Restauration. Er war vor allem mutig. Alte Zöpfe schnitt er ab, wo er dies für unerlässlich hielt, und war ein Bewahrer da, wo das Wesen des Judentums auf dem Spiel stand, dabei ein pädagogischer und sozialer Reformator, ein Pionier eben.

Die Zeiten sind heute ähnlich und auch bei den Persönlichkeiten sehe ich Parallelen.

Kulturelle, ideologische und religiöse Vielfalt sind mitten unter uns konkret erlebbar und alltäglich geworden. Der Fremde ist unser Nachbar. Da tut es gut zu wissen, dass Sie liebe Frau Ministerin immer wieder versuchen, die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel bzw. dem Nahen Osten neu zu ordnen und uns näher zu bringen.

Israel Jacobson beteiligte sich an philanthropischen Aktivitäten und setzte sich für soziale Gerechtigkeit und Wohltätigkeit innerhalb der jüdischen Gemeinschaft ein.

Die Verdienste und Reformbemühungen Israel Jacobsons trugen zur Entstehung und Entwicklung des Reformjudentums bei, einer Strömung des Judentums, die auf die Anpassung der religiösen Praxis an die Anforderungen der modernen Welt abzielte. Seine Arbeit hat die jüdische Gemeinschaft nachhaltig beeinflusst, aus ihr ist das progressive Judentum maßgeblich entstanden.

Sehr geehrte Anwesende,

Israel Jacobson, Gabriel und Jacob Riesser, aber auch Salomon Hartoch sind Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Zeiten und mit unterschiedlichem Hintergrund, die bedeutende Beiträge zur jüdischen Geschichte und Kultur geleistet haben.

Unsere Preisträgerin sowie unsere Laudatorin haben beide Vorfahren, einmal aus der Kaufmannsfamilie Hartoch und einmal aus der großen Familie Riesser, die beide Familienangehörige in der Schoa als Opfer zu beklagen haben.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie, liebe Frau Prien für die Zukunft alles Gute.

Herzlichen Glückwunsch und Mazal Tov!

Laudatio durch Nina Ruge, Journalistin und Buchautorin



Werte Frau Bundesministerin Prien,

werte Frau Michelsohn,

sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter
der Union progressiver Juden in
Deutschland,

sehr geehrte Gäste,

liebe Freundinnen und Freunde eines
lebendigen, liberalen Judentums,

es ist mir eine besondere Ehre, heute diese
Laudatio auf Bundesministerin Karin Prien
zur Verleihung des Israel-Jacobson-Preises
halten zu dürfen.

Und ich leite diese Ehre gleich weiter – an
meinen Urgroßvater Jacob Riesser und
meinen Urgroßonkel Gabriel Riesser, denn
wegen ihnen stehe ich heute hier als
Nachfahrin.

Gabriel Riesser (1806–1863) war einer der
wichtigsten Vordenker jüdischer
Emanzipation in Deutschland und einer der
prominentesten jüdischen Abgeordneten
der Frankfurter Nationalversammlung 1848.
Er kämpfte für liberale Bürgerrechte
unabhängig von Stand und Glauben. Und
er wurde – im Alter von 50 Jahren – zum
ersten jüdischen Richter in Deutschland
ernannt.

Sein Neffe, der Bankier Jacob Riesser, war
ein Mann der Institutionen und der
öffentlichen Verantwortung. Er lebte vor,
dass jüdische Teilhabe keine Randnotiz ist,
sondern demokratische
Selbstverständlichkeit.

Um es neudeutsch zu sagen: Gabriel und
Jacob Riesser waren „Soulmates“ von Israel
Jacobson.

Sie einte das Streben nach Integration
ohne Assimilation, nach Teilhabe ohne
Selbstverleugnung – nach einer
Gesellschaft, in der jüdisches Leben nicht
geduldet, sondern als selbstverständlicher
Teil des Ganzen verstanden wird.

Und genau in diesem Geist verleiht die
Union progressiver Juden in Deutschland
alle zwei Jahre den Israel-Jacobson-Preis:
An Persönlichkeiten, die sich um ein

lebendiges, modernes, liberales jüdisches
Leben verdient gemacht haben – im Geist
der Öffnung, des Dialogs, der
Verantwortung.

Heute wird Karin Prien mit diesem Preis
ausgezeichnet.

Sie wird ausgezeichnet aus drei Gründen:

weil sie sich als erste jüdische
Bundesministerin der Bundesrepublik
Deutschland sichtbar im Zentrum der
Republik positioniert – ohne sich auf diese
Identität reduzieren zu lassen;

weil sie als Bildungsministerin in
Schleswig-Holstein und heute als
Bundesministerin konkret und systematisch
daran arbeitet, jüdisches Leben in
Deutschland sichtbar zu machen und
Antisemitismus präventiv zu bekämpfen;

und weil sie deutsche historische
Verantwortung nicht als Ritual begreift,
sondern als lebendigen Bildungs- und
Demokratieauftrag.

Frau Ministerin,

am Anfang Ihrer Geschichte steht kein
politisches Amt, kein Titel, kein Mandat.

Am Anfang steht ein Satz Ihrer Mutter:

„Sag niemandem, dass du Jüdin bist.“

Ein Satz aus Angst. Aus schrecklicher
Erfahrung.

Aus dem Wissen um den nicht verarbeiteten
Teil deutscher Geschichte, bis heute.

Als Sie Ende der 1960er-Jahre als kleines
Mädchen mit Ihren Eltern aus den
Niederlanden nach Neuwied kamen, war
Deutschland für Ihre Mutter noch immer das
Land der Täter. Sie wollte Sicherheit – dazu
gehörte für sie das Schweigen. Sehr viel
später – nach dem 7. Oktober 2023 –
gelangten Sie zu der Erkenntnis: „Meine
Mutter hatte recht – es kann gefährlich
sein, als Jude erkennbar zu sein.“

Heute sitzt diese Frau, dieses Kind
von damals, als Bundesministerin
am Kabinetttisch der Bundesrepublik
Deutschland.

Sie sagen, Sie seien „in gewisser Weise stolz“ – stolz darauf, Ministerin zu sein, aber auch stolz darauf, als Jüdin anerkannt zu werden. Anerkannt in einer Gesellschaft, die inzwischen – endlich – akzeptieren kann, dass Jüdinnen und Juden das Recht haben, selbstbewusster Teil dieser Gesellschaft zu sein.

Das ist kein banaler Satz. Er ist historisch aufgeladen.

Denn Ihre Biografie ist geprägt von Flucht, Exil, Ermordung, Überleben, Rückkehr, Ambivalenz.

Sie wurden 1965 in Amsterdam geboren. Ihre Familie war geflohen. Beide Urgroßmütter wurden deportiert und ermordet – Sobibor, Theresienstadt, Auschwitz.

Jüdisches Leben, Verfolgung der Juden war in Ihrer Kindheit präsent – aber auch das Schweigen darüber.

Sie haben beschrieben, wie prägend es war, als Ihre Mutter Ihnen als Kind von der Verschleppung und Ermordung Ihrer Urgroßmutter Franziska Hartoch erzählte – und mit Ihnen den Film „Nacht und Nebel“ schaute, nicht um Sie zu traumatisieren, sondern um Sie auf „die Welt da draußen“ vorzubereiten.

Ein besonders bewegender Moment in der Auseinandersetzung mit ihrer Familiengeschichte war die Verlegung eines Stolpersteins für ihre Urgroßmutter am 3. August 2021.

Ein kleiner Stein im Pflaster, in Krefeld – darauf zu lesen:

„Franziska Hartoch – aus dem Exil in Amsterdam 1943 deportiert – in Sobibor ermordet“.

Sie haben diese Stolperstein-Verlegung gemeinsam mit ihrer Mutter initiiert und damit nicht nur eine vergessene historische Spur gesetzt, sondern etwas sehr Persönliches getan: Sie haben der Urgroßmutter – von den Nazis ausgelöscht – im wörtlichen Sinn wieder einen Platz gegeben.

Sie beschreiben diesen Tag als zutiefst ergreifend – auch für ihre Kinder. Und sie sagen etwas, das berührt: Dass die eigene Identitätsfindung nie abgeschlossen ist. Und dass Erinnerung manchmal in einem stillen Moment am Rand eines Gehwegs beginnt.

Diese Erfahrung erklärt einiges von dem, was später folgt.

Denn Sie haben lange gebraucht, bis Sie öffentlich über Ihre jüdische Herkunft sprechen wollten. Nicht aus Scham – sondern aus Vorsicht. Aus Loyalität gegenüber ihrer Mutter.

UND: für Karin Priens Familie war Flucht und Verfolgung nach dem Nazi-Terror nicht zu Ende. Ich zitiere die Ministerin aus ihrer Rede zur Gedenkveranstaltung am 9. November 2025 in der Portugiesischen Synagoge Amsterdam: „Für viele Jüdinnen und Juden war aber auch nach der NS-Zeit die Verfolgung nicht vorbei. Meine Großeltern väterlicherseits, die damals in der Tschechoslowakei lebten, konnten nur kurz aufatmen. Dann flohen sie vor der kommunistischen Diktatur ebenfalls in die Niederlande.“

Mein Vater setzte nach Kriegsende 1945 alles daran, nicht in das von „Russen umzingelte“ Berlin heimkehren zu müssen.

Zurück in die Gegenwart. Der Wendepunkt Ihres Schweigens über Ihre jüdische Herkunft, Frau Ministerin, kam 2016, bei einem Besuch in Yad Vashem. Dort begegneten Sie dem Holocaust-Überlebenden aus Amsterdam Tswi Herschel – so alt wie Ihre Mutter – und dessen Tochter Natalie – so alt wie Sie selbst. In dieser Parallelität der Lebenswege wurde Ihnen bewusst, wie sehr jüdische Biografien bis heute von familiären Leerräumen geprägt sind. Keine Tanten, keine Onkel, keine Cousins. Dieses Gespräch wurde für Sie zu einem „Schlüsselmoment“. Sie entschieden, über ihre jüdische Familiengeschichte öffentlich zu sprechen.

Und hier, Frau Ministerin, möchte ich ein Bild einfügen, das viele kennen:

Sie legten den Amtseid als Bundesministerin ab – und Sie trugen dabei ihre Kette mit dem Davidstern.

Nicht als Provokation, nicht als politisches Branding.

Sondern als Zeichen: Ich bin hier. Ich gehöre dazu. Jüdisches Leben gehört zu Deutschland.

Wie war das noch? 3. Oktober 2010 – Bundespräsident Christian Wulff, ich zitiere: Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland [...]. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“ Der Satz in der Mitte – wie oft wird der eigentlich zitiert? „Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland?“ Der Davidstern an Ihrer Kette sei hier ein starker Marker.

Aber es gibt auch die zweite Realität.

Sie haben erzählt, dass Sie den Davidstern im Alltag manchmal unter dem Pullover verstecken, wenn Sie in der Berliner S-Bahn unterwegs sind.

Das ist keine Schwäche.

Das ist eine präzise Beschreibung dessen, was es heißt, in Deutschland heute jüdisch sichtbar zu sein: Es ist möglich – und es ist zugleich riskant.

Genau in dieser Spannung bewegen wir uns als Gesellschaft.

Als Sie öffentlich über Ihre Herkunft sprachen, wurden Sie gefragt:

„Sind Sie eigentlich eine jüdische Ministerin?“

Ihre Antwort war – und ist – klar:

„Ich bin jedenfalls AUCH eine jüdische Ministerin.“

Dieses „auch“ ist entscheidend.

Es bedeutet: Ja, jüdische Identität gehört zu mir.

Aber sie „branded“ mich nicht.

Ich bin Ministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Ich bin Demokratin.

Ich bin Bürgerin dieses Landes.

Israel Jacobson hätte hier applaudiert: Jüdisches Selbstbewusstsein in der Mitte der Gesellschaft.

Wir ehren heute eine Bundesministerin als erste jüdische Frau am Kabinettsisch.

Und zugleich wissen wir: Jüdische Schülerinnen und Schüler, jüdische Studierende, jüdische Familien, jüdische Künstlerinnen und Künstler fragen sich heute wieder: Wie sichtbar darf ich sein?

Frau Ministerin,

wenn Sie über Antisemitismus sprechen, sprechen Sie nie nur über Strafrecht oder Polizei. Sie sprechen über Bildung.

Sie sagen:

„In der Bildung liegt einer der Schlüssel gegen Antisemitismus.“

Das ist keine pädagogische Floskel. Es ist ein politisches Programm.

1. Bildungspolitik

Bereits als Bildungsministerin in Schleswig-Holstein haben Sie Antisemitismusprävention keineswegs als Randthema behandelt.

Nach dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 handelten Sie sofort. Sie haben Schulen angeschrieben und ausdrücklich gebeten, das Thema unverzüglich in den Unterricht aufzunehmen. Ihr Ministerium stellte Unterrichtsmaterialien und Fortbildungen digital bereit.

Sie setzten ein klares Signal:

Die Bilder und Nachrichten des Entsetzens, der Ohnmacht – wir geben Orientierung und entziehen Social-Media – Propaganda den Boden.

2. Erinnerungskultur

Frau Bundesministerin, Sie haben Gedenkstättenpädagogik mit Hilfe eines gewagten Zitats des Historikers und Geschichtsdidaktikers Volkhard Knigge ins 21. Jahrhundert transformiert. Der sagte:

Gedenkstättenbesuche seien keine „antifaschistischen Durchlaufrührer“.

Das bedeutet:

Erinnerung muss historisches Lernen und damit die Entwicklung persönlicher Haltung gegen den Faschismus ermöglichen. Sie muss für jede Generation neu definiert werden – gerade in einer Einwanderungsgesellschaft, in der viele Jugendliche weder aus Täter - noch aus Opferfamilien stammen... und zugleich keineswegs israelfreundlich sind.

Was heißt das praktisch?

- Vor dem Gedenkstätten-Besuch: Wissen, Kontext – damit der Ort nicht „nur“ schockiert, sondern Begreifen möglich wird – wenn das denn je möglich sein sollte.
- Beim Besuch selbst: Biografien, Einzelschicksale erleben – Empathie.
- Nach dem Besuch: Gespräch, Reflexion – um unvoreingenommen die Verbindung zur Gegenwart herstellen zu können.

Der zentrale Gedanke, den Sie betonen:

Der Holocaust begann nicht in Auschwitz. Er begann mit Entrechtung, Entmenschlichung, mit dem Ausschluss aus Schulen, aus Berufen, aus dem öffentlichen Raum.

Genau das ist der Bildungsauftrag:

Jungen Menschen erfahrbar zu machen, wie schnell Demokratie elementar bedroht ist, wenn Sprache und Denken verrohen, Menschen Hass-Objekte werden.

Das zentrale Thema Moderne Erinnerungskultur:

Die Ära der Zeitzugenden endet. Es braucht neue Formen der Vermittlung.

Sie sagen: Erinnerung muss die jungen

Menschen erreichen – insbesondere die Altersgruppe zwischen sechs und 30 Jahren.

Deshalb verfolgen Sie die Idee eines Yad-Vashem-Bildungszentrums in Deutschland – als Ort mit europaweiter Strahlkraft.

3. Sichtbarkeit jüdischen Lebens

In einem Interview für die Bundeszentrale für Politische Aufklärung haben Sie etwas Wegweisendes formuliert:

Man könne nämlich deutsche Kultur und deutsche Geschichte ohne die fantastische Leistung, ohne die Bereicherung durch jüdische Bürger kaum erzählen. Genau das müsse jungen Menschen stärker vermittelt werden.

Sie nennen Beispiele:

Rahel Varnhagen, Mendelssohn Bartholdy, Heinrich Heine, Bertha Pappenheim, Albert Einstein – und viele andere.

Sie sagen auch: Wir müssen jüdischen Widerstand im Dritten Reich sichtbar machen, jüdischen Widerstand gegen die nationalsozialistische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik. Diese mutigen jüdischen Männer und Frauen sind im öffentlichen Diskurs kaum als Vorbilder präsent.

Eine Erinnerungskultur, die Jüdinnen und Juden ausschließlich als Opfer zeigt, verunsichert, erzeugt Distanz.

4. Bundesebene

Als Bundesministerin haben Sie diesen Ansatz der Aufklärung und Empathie erweitert – über die Schule hinaus in die breite Gesellschaft.

Sie nutzen öffentliche Anlässe gezielt, um jüdisches Leben als Gegenwart sichtbar zu machen:

- Sie eröffneten am 8. Juni des vergangenen Jahres die Jurovision in Dortmund, den Musik- und Tanzwettbewerb jüdischer Jugendzentren. Das ist Jugendkultur, Zugehörigkeit, Selbstbewusstsein – und



erreicht die Altersgruppen, um die es heute geht.

- Sie würdigten am 6. November in der Berliner Synagoge Rykestraße die Ordination zweier Rabbinerinnen des Abraham-Geiger-Kollegs als Zeichen für ein lebendiges, gleichberechtigtes Judentum.

- Sie setzten am 9. November bei der Gedenkveranstaltung der jüdischen Gemeinde in Amsterdam ein europäisches Zeichen der Erinnerung und Verantwortung – und mahnten uns, „wachsam zu bleiben, Haltung zu zeigen“

- Am 22. Januar dieses Jahres gaben Sie uns in Ihrer „Heidelberger Hochschulrede“ der Hochschule für Jüdische Studien Orientierung mit Ihrem Sechs-Punkte-Plan gegen Antisemitismus. Sie machten deutlich, dass jüdisches Leben nicht nur geschützt, sondern als Teil der Normalität sichtbar werden muss: In Gemeinden, im Sport, in Kultur, im öffentlichen Raum.

Das ist keine Symbolpolitik. Das ist politische Kulturarbeit.

Meine Damen und Herren,

Sichtbarkeit jüdischen Lebens bedeutet für Karin Prien nicht nur große Bühnen und symbolische Momente.

Sie beginnt dort, wo Politik sehr leise ist: bei den Antrittsbesuchen.

Denn als Karin Prien ihr Amt antrat, war für sie eines selbstverständlich – dass zu ihren ersten Besuchen nicht nur Staatskanzleien, nicht nur Verwaltungen, sondern auch jüdische Einrichtungen gehören.

- In Niedersachsen besuchte sie das jüdisch-bucharisch-sephardische Zentrum in Hannover, ebenso wie das Jüdische Kulturzentrum Villa Seligmann – Orte lebendiger Kultur, Musik, religiöser Vielfalt.

- In Nordrhein-Westfalen besuchte sie die Jüdische Gemeinde Düsseldorf

- Im Saarland die Jüdische Gemeinde in Saarbrücken,

- In Sachsen den Verein HATiKVA e.V. in Dresden,

- In Sachsen-Anhalt die jüdische Gemeinde in Magdeburg,

- und in Thüringen die Jüdischen Gemeinde Erfurt.

Das sind keine Pflichttermine. Das sind politische Statements:

Jüdisches Leben gehört in die Mitte dieses Landes – in allen Bundesländern.

Besonders in einer Zeit, in der viele Jüdinnen und Juden sich fragen,

ob sie die Kippa tragen,

ob ihre Kinder sicher zur Schule gehen können, ob sie sichtbar bleiben dürfen...

setzt diese Präsenz der Bundesministerin ein Zeichen der Solidarität.

Frau Ministerin,

Sie sprechen über Antisemitismus als Problem unserer Gesellschaft – und Sie definieren ihn.

Sie sagen: Antisemitismus kommt aus vielen politischen Richtungen.

Genau deshalb braucht es multiperspektivische, antisemitismus-kritische Bildung.

Sie touchieren auch ein Framing, das Deutschland lange Zeit prägte, dass Antisemitismus nämlich „nur von „rechts“ käme.

Ja – Rechtsextreme waren immer Antisemiten. Aber die Gegenwart zeichnet ein anderes Bild.

Denn seit dem 7. Oktober erleben wir auch, wie sich in Teilen des linken Milieus etwas Bahn bricht, das Entthemung heißt.

Da wird Israels Politik nicht kritisiert – was legitim wäre –, sondern dämonisiert.

Das Verhältnis zu Israel wird als Kulturkampfthema instrumentalisiert, ohne Differenzierung zwischen israelischer Regierung, israelischer Zivilgesellschaft und Jüdinnen und Juden weltweit.

Sie, Frau Bundesministerin, stellen hier zentrale Fragen: „Welche politische Parteien positionieren sich klar zu den palästinensischen Demonstrationen und der grassierenden Judenfeindlichkeit auch aus dem linken und migrantischen Milieu? Viele Juden fragen sich: „Warum lasst ihr Demonstrationen zu, in denen „From the River to the Sea“ skandiert wird, wieso lasst ihr zu, dass die Terrororganisation Hamas auf deutschen Straßen die Ereignisse des 7. Oktober leugnet oder bestimmte Gruppen die Ausrufung des Kalifats fordern?“ Dass sich jüdische Studierende an Hochschulen nicht mehr sicher fühlen, dass das jüdische Menschen in Deutschland verzweifeln lässt, ist nachvollziehbar.

Frau Ministerin,

Sie haben in diesem Zusammenhang sehr klar gemacht:

Schulen und Hochschulen sollen Orte des Diskurses sein – aber niemals Orte der Einschüchterung.

Wenn jüdische Studierende sich nicht mehr an ihre Hochschulen trauen, ist das ein Versagen der Institution.

Hochschulleitungen müssen jüdischen Studierenden ihr Recht auf Bildung gewährleisten.

Und wo nötig, müssen Disziplinarmaßnahmen ergriffen werden – bis hin zur Exmatrikulation der Angreifer.

Das ist Ihr Verständnis von Verantwortung.

Damit komme ich zurück zu Ihrem Amtseid:

Der Davidstern – sichtbar. Der Davidstern in der S-Bahn – manchmal verborgen.

Diese Spannung ist keine private, sie ist eine gesellschaftliche. Und sie erklärt, warum dieser Preis heute nicht nur eine Auszeichnung ist, sondern auch eine Botschaft.

Denn der Israel-Jacobson-Preis ehrt die Entscheidung, jüdisches Leben in der

Gegenwart sichtbar zu halten und kompromisslos zu schützen.

Karin Prien erhält den Israel-Jacobson-Preis, weil sie jüdisches Leben in unserer Republik selbstverständlich sichtbar macht – ohne es zu folklorisieren.

Weil sie Bildung als Schlüssel gegen Antisemitismus strukturell möglich macht: Lehrerbildung, Materialien, Fortbildungen, Begegnungsprogramme.

Weil sie Erinnerung als Verantwortung versteht und in konkrete Bildungs- und Gesellschaftspolitik übersetzt.

Frau Bundesministerin Karin Prien,

für Mut zur Sichtbarkeit,

für konkrete Bildungsarbeit gegen Antisemitismus,

und für Ihren politischen Einsatz, dass jüdisches Leben in Deutschland nicht nur geschützt, sondern als lebendige Realität begriffen wird, verleiht Ihnen die Union progressiver Juden in Deutschland heute den Israel-Jacobson-Preis. Herzlichen Glückwunsch.

Und: Danke.

Erwiderung der Bundesministerin Karin Prien

*Es gilt das gesprochene Wort



**Sehr geehrte Frau Michelsohn,
sehr geehrter Herr Joffe,
sehr geehrte Frau Ruge,
sehr geehrte Damen und Herren!**

Ich empfinde es als eine große Ehre, heute Abend hier, in der Neuen Synagoge, den Israel-Jacobson-Preis entgegennehmen zu dürfen. Dafür danke ich Ihnen von Herzen.

Als ich hörte, dass ich mit diesem Preis ausgezeichnet werden soll, war mein erster Gedanke: Ich habe noch so viel vor mir, noch so viel zu tun. Gerade deshalb empfinde ich den Israel-Jacobson-Preis nicht nur als Ehre, sondern vor allem auch als Auftrag.

Für mich in meinem Amt als Bundesministerin, aber auch für mich ganz persönlich.

Ein lebendiges, vielfältiges jüdisches Leben in Deutschland – selbstverständlich, selbstbewusst, hör- und sichtbar, das ist meine Vision. Davon sind wir heute, 2024, 81 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz, weit entfernt.

Jüdisches Leben in Deutschland zu stärken heißt, es zu schützen, aber zugleich nach Kräften daran zu arbeiten, dass es in unserem Land voll aufblühen kann: durch Bildung, durch Begegnung, durch Sichtbarkeit.

Ende Januar durfte ich im Deutschen Bundestag der Auschwitz-Überlebenden Tova Friedman zuhören. Ich kann Ihnen kaum beschreiben, wie sehr mich ihre Worte bewegt haben. Es ist ein großes Privileg, das uns Deutschen da zuteilwird: Dass die wenigen verbliebenen Opfer des Holocaust es immer noch auf sich nehmen, zu uns zu sprechen. Dass sie nicht müde werden, uns zu erinnern:

an den unschätzbaren Wert von Demokratie und an die Unteilbarkeit der Würde.

Und damit an grundlegende und unverhandelbare Werte unseres Zusammenhalts, die in diesen Zeiten oft geringgeschätzt oder sogar verächtlich gemacht werden.

Tova Friedman sagte im Parlament – ich zitiere: „Bildung, Führungsstärke und Zivilcourage sind (...) keine Option, sondern eine Verpflichtung.“

Das ist ein Dreiklang, der auch mich leitet. In diesen Zeiten, in denen Menschenrechte und demokratische Werte vielerorts unter Beschuss geraten. Und wir zugleich feststellen müssen, dass sich Jüdinnen und Juden in Deutschland nach dem Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 und seinen dramatischen Folgen so unsicher fühlen wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

„Wenn Antisemitismus geduldet wird, werden die demokratischen Werte an sich geschwächt.“ Auch das hat Tova Friedman gesagt.

Was sind wir bereit zu tun, um unsere liberale, freiheitliche Gesellschaft zu bewahren und schützen?

Es geht um alles, sehr geehrte Damen und Herren. Es geht um die Frage, wie viel Schweigen wir hinnehmen, wie viel Relativierung. Wann so vieles ins Rutschen geraten ist, dass wir es nicht mehr aufhalten können.

Bildung. Führungsstärke. Zivilcourage.

Wir haben es in der Hand. Jeder Einzelne macht den Unterschied.

Die Verantwortung der staatlichen Institutionen, der demokratischen Parteien und der Zivilgesellschaft, einschließlich Wirtschaft und Gewerkschaften, ist immens.

Ja: Bildung – das ist einer der zentralen Schlüssel.

Schon Israel Jacobson wusste um die Kraft der Bildung: Für ihn war sie ein entscheidender Motor der jüdischen Emanzipation, die Grundlage für ein gutes und selbstbestimmtes Leben. (Und er hat stets auf das Verbindende geachtet, zum Beispiel mit der Gründung der ersten Simultanschule in Deutschland, in der erstmals jüdische und christliche Kinder gemeinsam unterrichtet wurden.)

Sein Leitmotiv des „gemeinschaftlichen Fortschritts zum Besseren“ prägt bis heute auch die Arbeit der Union Progressiver Juden in Deutschland. Liebe Frau Michelsohn, das vielfältige Engagement Ihrer Mitglieder unterstreicht das eindrucksvoll. Auch dafür meinen Dank von Herzen.

Bildung – sie bleibt auch heute entscheidend: Als Grundlage dafür, dass junge Menschen zu mündigen, empathischen, kritischen und demokratischen Bürgerinnen und Bürgern heranwachsen.

Und zu einer solchen Demokratiebildung gehört für mich untrennbar, sich mit Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen zu befassen. Ihn zu begreifen als ein unglaublich hartnäckiges, anpassungsfähiges, jahrtausendaltes Gift, das immer wieder aufs Neue wirkt, in seiner zersetzenden Kraft.

Ein Gift, das sich in Krisenzeiten besonders erfolgreich verbreitet. Überall in der Gesellschaft, links und rechts am Rand ebenso wie in der Mitte.

Ich bin fassungslos, wenn ich vor diesem Hintergrund heute Studien lese, nach denen 7 von 10 Deutschen meinen, man solle einen „Schlussstrich“ unter unsere Erinnerung an die Shoah ziehen.

Ich bin überzeugt: Unser Land ist niemals zu verstehen, wenn wir uns nicht immer wieder, in jeder Generation aufs Neue, mit der Shoah, dem Weg dahin und ihren Folgen auseinandersetzen.

Aber wir müssen dafür neue Wege finden.

Wir brauchen antisemitismuskritische Bildung weiterhin. Aber vor allem zeitgemäß, nicht museal, nicht ritualisiert.

Es genügt nicht, dem Weg vom Gift des Antisemitismus, über Diskriminierung, Entrechtung hin zur industriellen Vernichtung zu gedenken.

Antisemitismuskritische Bildung muss zum Beispiel auch junge Menschen der

Einwanderungsgesellschaft erreichen, denen Anknüpfungspunkte aus der eigenen Familiengeschichte fehlen.

Wir müssen erklären, warum jüdisches Leben, warum der Kampf gegen Antisemitismus zur deutschen Geschichte, Gegenwart und Zukunft gehören. Untrennbar und unverhandelbar. Wir müssen erklären, warum aus dieser Geschichte Verantwortung und Verpflichtung erwachsen.

Und: Wir brauchen Begegnungen. Hoffentlich in nicht allzu ferner Zeit wieder mit einem lebhaften deutsch-israelischen Jugendaustausch.

Wir brauchen neue, zeitgemäße Wege in der Bildungsarbeit: Frau Ruge, Sie haben es erwähnt – zum Beispiel mit dem geplanten Yad Vashem Bildungszentrum in Deutschland, dessen Aufbau von meinem Ministerium begleitet wird.

Die Begegnung mit authentischen Orten der Erinnerung bleibt wichtig. So wie die Begegnung mit Zeitzeugen oder nachfolgenden Generationen. Dazu gehören mehr digitale Möglichkeiten der Erinnerungsarbeit insbesondere vor dem Hintergrund, dass immer weniger Zeitzeugen noch selbst berichten können. Auch neue Perspektiven sind gefragt. Ja, jenseits davon, jüdische Menschen wie so oft ausschließlich als Opfer zu betrachten, sondern viel mehr als zentrale Impulsgeberinnen und -geber in der Kultur, der Wissenschaft, im Widerstand, aber auch mit Blick auf die lange und besondere deutsch-israelische Freundschaft und Geschichte.

Und schließlich sind gut aus- und fortgebildete pädagogische Fachkräfte unerlässlich, die sicher und mit Haltung das Thema Antisemitismus vermitteln können. Die Konflikte aushalten, statt ihnen auszuweichen. Und zugleich ihre Schülerschaft lehren, konfliktfähig und empathisch zu sein, Perspektiven anzunehmen und zu reflektieren.

Und wenn ich mir etwas wünschen darf, auch wenn es in Zeiten der Bedrohung viel verlangt ist:

Lassen Sie uns alle gemeinsam jüdisches Leben heute noch viel sichtbarer machen. Nicht nur die Erinnerung, sondern die vielfältige, lebendige, selbstbewusste Gegenwart. Zeigen wir, was die vielen Gemeinden auf die Beine stellen, ebenso wie die vielen Jüdinnen und Juden, die keiner Gemeinde angehören. Feiern und würdigen wir jüdisches Theater, Film und Kulturveranstaltungen, Sportvereine, Jugendzentren.

Liebe Frau Ruge,

zum Schluss möchte ich auch Ihnen für Ihre warmherzige und berührende Laudatio danken. Ich habe mich in Ihren Worten wiedergefunden.

Viele verbinden mit Ihnen den Satz: „Alles wird gut“. Heute sagen Sie: „Alles wird gut – aber nicht von alleine“. Diese Haltung gefällt mir sehr: Zuversichtlich bleiben, aber ohne stillzustehen. So verstehe ich

das und davon kann auch ich mich gut leiten lassen.

Auch dieser Gedanke führt mich wieder zu Tova Friedman zurück: Bildung, Führungsstärke, Zivilcourage. Alles kann nur dann „gut“ werden, wenn wir Probleme klar benennen und uns nicht wegdrücken. Wenn wir nicht akzeptieren, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland immer noch um ihre Sicherheit fürchten. Wenn der Staat eine rote Linie zieht bei jeder Form von Antisemitismus.

Zuversicht bedeutet aber auch, nie aus den Augen zu verlieren, was unser Land ausmacht: Dass wir in einem freien demokratischen Land leben, das den Schutz von Menschenrechten achtet. Ein Land, in dem Millionen Menschen den Artikel I unseres Grundgesetzes täglich mit Leben füllen – in zivilgesellschaftlichen Initiativen, im Sport, bei der Arbeit, in Gemeinden und ganz individuell. Mal laut, mal im Hintergrund, aber unermüdet.

Vielen Dank.



Fotos: @ Noa Gugat